

Die höheren Staatsbeamten im Kriege.

Man schreibt uns aus der Gruppe der höheren Postbeamten:

Es sei hier einer Gruppe der höheren Beamten gedacht, die sich in einer besonders drückenden Notlage befinden, nämlich der höheren Postbeamten.

Die jüngeren von ihnen, es sind das Männer von über 40 Jahren, erleiden infolge der von Jahr zu Jahr ungünstiger werdenden Beförderungs- und Besoldungsverhältnisse ganz erhebliche wirtschaftliche Schädigungen. Sie erhalten an Jahresgehalt statt 4800 M. nur 4500 M., statt 5400 M. nur 5000 M., statt 6000 M. nur 5400 M. und statt 6800 M. nur 6000 M. Der Ausfall beträgt für den Einzelnen somit 300 bis 600 M. jährlich, was bei der jetzigen Teuerung sehr bitter empfunden wird. Der Reichstag hat in dankenswerter Weise wiederholt versucht, die auch von der Regierung erkannte und zugegebene Notlage der höheren Postbeamten zu beseitigen und ihnen die Gehaltsstufe zu sichern, die ihnen nach der Besoldungsordnung zugedacht waren. Da die Beförderungsverhältnisse gegenwärtig nicht gebessert werden können, hat der Reichstag dreimal (1914, 1917 und 1918) einen Gesetzentwurf angenommen, nach dem die höheren Postbeamten, wie alle übrigen höheren Beamten, eine durchlaufende Gehaltsstufe von 3000 bis 7200 M. erhalten sollten. Alle Einsichtigen sind darin einig, daß dies auch der einzige Weg ist, die Notlage zu beseitigen. Auch der Staatssekretär des Reichs-Postamts hat erklärt, daß durch Annahme des Initiativantrags die Gehaltsfrage erledigt wäre. Die Erledigung gerade dieser Frage ist aber jetzt bei der allgemeinen Teuerungsnot am dringendsten, während die ebenfalls noch offenstehende Beförderungs- und Beschäftigungsfrage getrost späterer Sorge überlassen werden darf, nachdem sie durch jahrzehntelange Erwägungen nicht hat erledigt werden können.

Mit erfreulicher Einhelligkeit und überzeugender Wärme sind im Reichstage auch 1918 wieder die Sprecher aller Parteien für den Initiativantrag eingetreten und haben die Regierung um seine Annahme gebeten. Leider vergeblich! — Der Vertreter des Reichsschatzamtes hat den Antrag abgelehnt, weil während des Krieges grundsätzlich keine Aenderung der Besoldungsordnung durchgeführt werden sollte. Der Antrag ist aber nur der äußeren Form nach eine Besoldungsänderung. Dem inneren Geiste nach soll er nur bewirken, daß die höheren Postbeamten die Gehaltsstufe wirklich und rechtzeitig erhalten, wie sie ihnen nach der Besoldungsordnung zugedacht waren, und wie sie die älteren Kollegen auch früher erhalten haben. Im Gegenteil ist der jetzige Zustand eine willkürliche Aenderung der Besoldungsordnung, weil den Beamten durch die verschlechterten Beförderungsverhältnisse die ihnen zugedachten Gehaltsstufen versperrt werden. Es ist denn auch im Reichstage festgestellt worden, daß von der Regierung nur formelle Bedenken gegen den Initiativantrag vorgebracht worden sind. Der Gesetzentwurf ist dann zum dritten Male vom Bundesrat abgelehnt worden. Die Betroffenen sind wieder um eine Hoffnung ärmer geworden, und so geht es Jahr für Jahr! Enttäuschung folgt auf Enttäuschung! Das zermüht und drückt nieder, zumal jetzt, wo der eine die Not seiner Familie täglich vor Augen hat und der andere vor dem Feinde steht mit dem traurigen Bewußtsein, daß Weib und Kinder, wenn er fürs Vaterland fällt, sich mit geringerem Witwen- und Waisengelde begnügen müssen, als ihnen zufäme.

Daß die Regierung glaubt, den höheren Postbeamten die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen dauernd vorenthalten zu dürfen, zeugt für das feste und anerkennende Vertrauen, daß die höheren Postbeamten auch ohne dies im Felde und im Heimatsdienste ihre stets bewiesene selbstlose Berufstreue und ihr aufopferndes Pflichtbewußtsein bis zum letzten Augenblick behalten werden. Das soll gewiß wahr sein. Sollte nicht aber gerade hieraus die Regierung die Verpflichtung herleiten, ihnen endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen? Der Staatssekretär des Reichs-Postamts hat im Reichstage erklärt, es sei Gegenstand seiner Sorge, wie man den Verhältnissen abhelfen könne. Dies ist ein neuer Hoffnungsschimmer. Hoffentlich kommt aber zu den vielen Enttäuschungen nicht eine unerträgliche neue. Hoffentlich gelingt es, die formellen Bedenken zu beseitigen oder einen anderen Ausweg zu finden, wie es in anderen Fällen geschehen ist. Die höheren Postbeamten verlangen nur Gerechtigkeit. Die allgemeine Kriegsnot wollen sie gemeinsam mit den übrigen höheren Beamten geduldig ertragen, soweit sie nicht durch die Teuerungszulagen behoben werden kann. Sie empfinden es aber als ein Unrecht, daß ihnen darüber hinaus nur wegen formeller Bedenken weitere Entbehrungen auferlegt werden.